Ursula Engelen-Kefer

Protestveranstaltung „Ich bin entscheidend“
4. Mai 2013, Berlin

Heute habt Ihr als Vertreter der Menschen mit Behinderungen hier am Brandenburger Tor eindrucksvoll demonstriert: „Wir sind entscheidend“.

Dies gilt in diesem Jahr der Bundestagswahlen ganz besonders.

Wir fordern die Parteien und Kandidaten auf:

Stellen Sie sich den großen Herausforderungen der vielen Menschen mit Behinderungen.

Sorgen Sie dafür, dass die UN-Behindertenrechtskonvention endlich mit Leben gefüllt wird.
Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf gleicher Augenhöhe.

Die Herausforderungen sind gewaltig.

Wir haben dies heute in eindrucksvoller Weise immer wieder von den betroffenen Menschen gehört:

Während sich die Bundesregierung im sog. „Zweiten Beschäftigungswunder sonnt“, sind Arbeitslosigkeit, Niedrig- und Armutslöhne eine bittere Realität für Menschen mit Behinderungen.

Wir demonstrieren hier auch für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro und anständige Renten.

Und: Bald ein Viertel Jahrhundert nach der Deutschen Einheit ist es endlich an der Zeit, die Lücke bei Löhnen und Renten von Ost nach West zu schließen.

Auch dafür müssen wir heute mit aller Macht demonstrieren.

Der Mangel an alters- und behindertengerechten und vor allem bezahlbarem Wohnraum nimmt bedrohlich zu. Wir fordern die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus.

Und ein Mietrechtsänderungsgesetz, das seinen Namen verdient. Und nicht -wie jetzt- den Mieterschutz verschlechtert und den Weg für grenzenlose Mietsteigerungen bereitet.

Bei erheblich steigenden Steuereinnahmen und 5 Billionen Euro Vermögen für die oberen 10 Prozent in unserer Gesellschaft nehmen private und öffentliche Armut zu.

Für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben fehlen die nötigen Einrichtungen, Leistungen und Arbeitskräfte zur Unterstützung und Förderung.

Bei den vielfältigen Bauprojekten -gerade auch hier in Berlin- muss Barrierefreiheit konkretisiert und umgesetzt werden.

Zur Barrierefreiheit gehören nicht nur die baulichen Gegebenheiten, sondern ebenso die Mobilität im Öffentlichen Personen Verkehr, behindertengerechte Taxen bis zu Eintrittsgeldern für kulturelle und sonstige gesellschaftliche Veranstaltungen.

Und: Es ist ein Anachronismus und Schildbürgerstreich, dass es in den Job Centern keine qualifizierten Reha Teams gibt. Vorhandene Behinderungen können oft gar nicht erkannt werden. Entsprechend ist auch keine angemessene Beratung bzw. Eingliederung in berufliche Reha oder Arbeit möglich.

Dringend erforderlich ist eine zeit- und sachgerechte Bearbeitung der Anträge von Menschen mit Behinderungen auf Leistungen aller Art - Sozialversicherungsträger, Sozialämter, sonstige Verwaltungsverfahren.

Müssen denn erst Verfahren vor den Sozialgerichten geführt werden, damit Menschen mit Behinderungen ihre Rechte durchsetzen können.

Die dramatisch steigende Arbeitslosigkeit bei Schwerbehinderten erfordert: Die Beschäftigungspflichtquote muss wieder auf 6 Prozent angehoben werden.

Und wir brauchen eine Ausgleichsabgabe „mit Biss“, wenn Arbeitgeber nachhaltig ihre Beschäftigungspflicht verweigern.

Als SoVD fordern wir einmal mehr:

Die unwürdige Situation für Menschen mit Behinderungen in Hartz IV, die nur 75 Prozent der Regelleistungen erhalten, wenn sie in der Wohnung ihrer Eltern leben, ist endlich zu beseitigen. Dies ist doch nicht ihre eigene Wahl, sondern eine Folge ihrer schweren Behinderung. Dafür dürfen sie nicht noch mit niedrigeren Leistungen bestraft und zu Menschen zweiter und dritter Klasse gemacht werden.

Wir werden gegen diesen menschenverachtenden gesetzlichen Tatbestand gerichtlich kämpfen.

Ich fordere Euch auf: „Helft dabei mit“.

„Wir sind entscheidend“.